Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 236. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 533 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 20 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an den beigefügten Zeichentarif ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Freitag, 3. Juli 1925 | Nummer 68

Unterwerfung der Nationalisten!

Die Unterwerfung wird vorbereitet — Die Deutschnationalen schlucken die Entwaffnungsnote — Der Landbund um seine Zölle besorgt

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Drohung der Deutschen Volkspartei mit einer außerpolitischen Debatte und namentlicher Abstimmung über ein Vertrauensvotum für Stresemann im Reichstag hat bereits genügt, die Deutschnationalen zum Einschwenken zu bringen. Sie haben sich an den Reichskanzler Dr. Luther mit der Bitte gewandt, die Interpellation zu irrigieren. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde weiter geduldhandelt und nach amtlicher Mitteilung über die Grundlinien der Antwort an Frankreich ein Verständnis erzielt, so daß die Vorlage des Entwurfs der Note ehestens zu erwarten sein soll. Daraufhin hat die Volkspartei von der Einbringung einer Interpellation zunächst abgesehen. Als Konzession an die Deutschnationalen hat die Reichstagsfraktion der Volkspartei eine Reihe von Richtlinien angenommen, in denen bei grundsätzlichem Eintreten für den Pakt einige nicht allzu wesentliche Forderungen zur Wahrung von Deutschlands Würde aufgestellt werden. Der Charakter der Note an Frankreich ist noch nicht bestimmt. Während die Mehrzahl der Blätter von einer Zwischennote spricht, die lediglich die Grundlage für Vorverhandlungen schaffen soll, bestreitet das die „Vossische Zeitung" und erklärt, daß die Note mehr als Rückfragen an Frankreich enthalte. Erst nach Absendung der Note, welche nicht vor dem 12. Juli abgehen wird, soll eine politische Debatte im Reichstag zugelassen werden.

Nach diesen Meldungen ist der Umfall der Deutschnationalen bereits vollzogen. Sie sind bereit, für das weitere Verbleiben an der Regierungskrippe ihr ganzes nationales Programm über den Haufen zu werfen und unterwerfen sich der Politik des Dawesplanes und des Garantiepaktes genau so, wie sie am 10. August im vorigen Jahre durch ihren Umfall durch Abkommandierung ihrer Leute die Annahme des Versklavungsplanes möglich machten. Als Gegenleistung für ihren Umfall wird die Schwerindustrie den Deutschnationalen und den Landbündlern die Annahme der Schutzzölle sichern. Mit einem Doppelspiel gegenüber ihren kleinbürgerlich-nationalen Anhängern versuchen die Deutschnationalen den Eindruck einer vaterländischen Politik zu erwecken. Die Deutsche Volkspartei aber, als Interessenvertreterin der Schwerkapitalisten und der verarbeitenden Industrie, zwingt die Deutschnationalen, ihre Opposition gegen Stresemann aufzugeben und durch die Annahme des Garantiepaktes Deutschland in ein Aufmarschgebiet der Ententetruppen gegen Sowjetrußland zu verwandeln und somit Deutschland den letzten Schein nationaler Selbständigkeit zu nehmen.

Der Vorsitzende des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth, gibt in der „Deutschen Tageszeitung" sein Mißbehagen darüber zum Ausdruck, daß der Außenminister zunächst eine Klärung über die außenpolitische Lage herbeiführen will, ehe die Deutschnationalen wissen, **ob sie den Lohn in Gestalt ihrer Agrarzölle davontragen.** Graf Kalkreuth schreibt, politische Parteien scheinen die Neigung zu haben, vor die Klärung der notwendigsten und dringendsten Wirtschaftsfragen eine Auseinandersetzung über politische Meinungsverschiedenheiten zu schieben. Die Klärung der Stellung zur Außenpolitik sei selbstverständlich notwendig, aber es sei nicht notwendig, **diese Klärung vorwegzunehmen. Zunächst müssen die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen vom Reichstag sichergestellt werden und dann erst könne die Erörterung der außenpolitischen Lebensfragen erfolgen.**

Die Landbündler und Großagrarier sind darum besorgt, daß ihre Wünsche in Bezug auf die Getreidezölle und Ausplünderung des deutschen Volkes nicht restlos erfüllt werden könnten und verlangen, wie das aus den Ausführungen des Vorsitzenden des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth, hervorgeht, zunächst, ihren Lohn für den Umfall und den Verrat am deutschen Volke im Voraus zu erhalten. Die Kleinbürger sehen jetzt wieder einmal den Unterschied zwischen den nationalen Phrasen und den praktischen Taten der Deutschnationalen. Hinter den nationalistisch-monarchistischen Phrasen der Rechtsparteien steht nichts anderes als die Politik für die nackten kapitalistischen Privatinteressen. Die Sozialdemokraten leisten dabei dieser reaktionären Gesellschaft die besten Dienste.

Nur die Kommunistische Partei kämpft ernsthaft gegen den Garantiepakt und den Dawesplan. Nur im Bündnis mit Sowjetrußland kann sich Deutschland vor den westeuropäischen Imperialisten retten. Wollen die deutschen Arbeiter nicht untergehen, muß das Proletariat den Anschluß an Sowjetrußland vollziehen und eine revolutionäre rote Regierung der Arbeiter, der Werktätigen und aller Ausgebeuteten erkämpfen.

20 000 Bauarbeiter im Streik

In Sachsen befinden sich seit dem 1. Juli zirka **20 000 Bauarbeiter im Kampfe.** Der Streik nimmt von Tag zu Tag noch an Ausdehnung zu. Genau wie in der Holzindustrie versuchen auch die Bauunternehmer, jede Erhöhung der Löhne zu verhindern. Mit den fadenscheinigsten Gründen versuchen die Unternehmer, in der bürgerlichen Presse die strikte Ablehnung der Forderungen der Bauarbeiter zu begründen. Brutal lehnen die Unternehmer die gerechten Forderungen der Bauarbeiter ab. Außer den Forderungen nach Lohn haben die Bauproleten die Forderung nach Ferien von 6—12 Tagen gestellt, die bisher von den Bauunternehmern immer abgelehnt wurden. Bei den bisher stattgefundenen Verhandlungen ist es infolge des starren Widerstandes der Unternehmer zu einer Einigung nicht gekommen. Hinter den Baulöwen stehen die Scharfmacher der Industrie, die von einer Erhöhung der Löhne im Baugewerbe, befürchten, die Industriearbeiter könnten mit Nachdruck die Erhöhung ihrer Hundelöhne fordern. Die Lohnentwicklung soll unter allen Umständen niedrig gehalten werden, **trotzdem die Baustoffpreise heute im Durchschnitt 75 Prozent über der Vorkriegszeit liegen. Der Lohn der Bauarbeiter hat heute knapp** die Höhe der Vorkriegszeit erreicht, und wenn seine Kaufkraft und sein realer Wert betrachtet wird, so steht die Entlohnung der Bauarbeiter auch heute noch wesentlich unter den Vorkriegsverhältnissen zurück. Auf Kosten der Arbeiter wollen die Bauunternehmer ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Trotzdem die Unternehmer bei ihren Kalkulationen **jede geleistete Arbeitsstunde mit 1.25 Mk. in Anrechnung gebracht haben, lehnen sie die Gewährung von Ferien ab.**

Die Bauarbeiter sind sich bewußt, daß sie es mit einem brutalen Unternehmertum zu tun haben. Wenn der Sommer zu Ende geht, liegt die übergroße Mehrzahl der Bauarbeiter auf der Straße und vergrößert das arbeitslose Reservoheer der Industriellen. Die Bauarbeiter haben keine Rücksicht zu erwarten, und werden deshalb verstehen, den jetzt ausgebrochenen Kampf bis zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Auf allen Baustellen müssen deshalb die Bauarbeiter den Kampf beginnen und die geschlossene Front der Bauarbeiter herstellen.

Die Leipziger Bauarbeiter im Streik

8—10 000 Bauarbeiter im Streik

Leipzig, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Seit gestern morgen ruht an den Baustellen die Arbeit. Am Mittwoch abend beschlossen zwei überfüllte Versammlungen den Streik. Es gab keine andere Lösung, nachdem durch das Verhalten der Unternehmer alle Verhandlungen gescheitert waren. Bereits am Dienstag abend hatte sich die Leipziger Bauarbeiterschaft in einer überfüllten Versammlung für den Streik erklärt, und im Laufe des Mittwochs an einem großen Teil Baustellen die Arbeit niedergelegt. Die Zimmerer haben noch nicht entschieden. Am Freitag findet Urabstimmung statt über Teilstreik oder allgemeinen Streik. Nachdem die Bauarbeiterschaft den allgemeinen Kampf beschlossen hat, werden auch die Zimmerer keinen anderen Weg gehen können. In allen Versammlungen zeigte sich eine ausgezeichnete Kampfstimmung.

Bauarbeiterstreik in Plauen

Chemnitz, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auch in Plauen im Vogtland sind die Bauarbeiter in den Streik getreten. Der Streik nimmt an Ausdehnung noch zu.

Das Todesurteil verkündet!

Das WTB. meldet heute aus Moskau:

„Der Oberste Gerichtshof verurteilte nach 5½stündiger Beratung die deutschen Studenten Kindermann, Wolscht und Dittmar zum Tode."

Das russische Revolutionstribunal hat sein Urteil gefällt. Die Faschisten, die in Deutschland, dem Lande der klassischen Justizkomödie, für jeden ihrer politischen Morde Straffreiheit erhalten, glaubten, in Rußland ihre verbrecherischen Pläne gegen den Staat der Arbeiter und Bauern ausführen zu können. Das russische Revolutionstribunal hat die Todfeinde des Proletariats vor ihren Schranken so abgeurteilt, wie sie es verdienten, und hat damit bewiesen, daß die Konterrevolution nicht ungestraft gegen die Sowjetrepublik ankämpfen kann. Die gesamte bürgerliche Presse einschließlich der Sozialdemokraten, die den Prozeß gegen die deutschen Tschekisten zu einer Hetze gegen Sowjetrußland ausnützten, und die Sozialdemokraten, die sich zum Anwalt dieser Verbrecher gemacht haben, werden das Bekanntwerden **des Urteils des russischen Revolutionstribunals mit einem ungeheuren Geschrei über die „russische Justizbarbarei" beantworten und zu einer verschärften Hetze gegen Sowjetrußland benützen.** Sie wollen damit die ideologischen Vorbereitungen des Krieges gegen Sowjetrußland, der sich aus der Annahme des Sicherheitspaktes mit logischer Konsequenz ergibt, schaffen. Das deutsche Proletariat begrüßt den Urteilsspruch des russischen Revolutionstribunals und wird die schändlichen Pläne des Angriffes auf Sowjetrußland durch die deutschen und internationalen Konterrevolutionäre durch die rote Klassenfront des Proletariats zu vereiteln wissen.

Anschluß an Rußland

Der in Moskau jetzt stattgefundene Terroristenprozeß, der die Methoden deutscher Aemter und Verwaltungen besonders beleuchtete, hat die Gesellschaft der Feinde Rußlands auf den Plan gerufen, um die Beweise des terroristischen Vorgehens der „demokratischen pazifistischen Republik" abzuleugnen. Natürlich steht in erster Reihe die SPD. Die SPD., die den Leipziger Spitzelprozeß alle Aussagen des Spitzel Neumann als wahr unterstellte, erklärte, die gesamten Feststellungen des Moskauer Prozesses für unwahr. Wie wenig stark sie selbst ihre Argumente einschätzt, zeigt der Vorwurf, den sie dabei gegen die Reichsregierung erhebt, daß diese es erst so weit habe kommen lassen, daß der Skandal herauskomme.

Die Hetze, die angesichts des Prozesses gegen Sowjetrußland entfacht wird, gewinnt aber eine besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß England anscheinend den Zeitpunkt für gekommen erachtet, die Gegensätze zwischen der Arbeitermacht und den Imperialisten bis zum äußersten zuzuspitzen. England spielt mit dem Kriege. Die gesamte bürgerliche Presse äußerte sich mit Besorgnis, und die „Dresdner Neuesten Nachrichten" schrieben, daß der Weltfriede ernstlich gefährdet sei. Wenn man die Lage Englands betrachtet, kann man die Bestrebungen der englischen Kapitalisten, die Auseinandersetzung mit Rußland beschleunigt herbeizuführen, sehr wohl begreifen. Wenn man auf die englischen Staatslenker nicht für so toll halten darf, daß sie einen Herbst- und Winterfeldzug gegen Rußland beginnen würden, so treiben sie die Verhältnisse, doch möglichst schneller zu handeln.

England selbst leidet an einer dauernden Arbeitslosigkeit, durch die Ereignisse in China und Marokko wird die Lage nicht besser. Die heldenhafte Haltung der Riffkabylen wird nicht lange ohne Wirkung auf die übrigen Kolonialvölker bleiben. Hierzu kommt die sich wieder verschärfende Lage in Europa. Frankreich rutscht unaufhaltsam in die Inflationsperiode hinein. Damit wird Frankreich wohl geschwächt, anderseits aber, durch evtl. erneute Kapitalintervention, der stärkere und gefährlichere Gegner, Amerika gestärkt. Amerikas Einfluß steigt. Die Stellung Englands wird immer stärker bedroht. So treiben alle Faktoren zu einer schnelleren Entfaltung der offenen Auseinandersetzung.

Wie brenzlich die Angelegenheit für die imperialistischen Mächte in China steht, zeigt die Tatsache, daß Amerika dahin strebt, eine Konferenz der Mächte zusammenzubringen, die sich mit der Aufgabe der Exterritorialrechte befassen soll. Der Vorschlag ist ein Teil des Kampfes gegen die Freiheitsbewegung, vor allem gegen den erstarkenden Bolschewismus. Das zeigt sich besonders in der Forderung, daß in China eine herrschende und autoritäre Zentralregierung sein soll. Diese Forderung aber wird den Vorschlag gewaltig erschweren oder zum Scheitern bringen, denn vor einem endgültigen Sieg der Revolutionäre dürfte es eine solche Zentralregierung in China nicht geben. Amerika verbindet mit der Frage noch ein anderes Interesse. Es will seine besonderen Interessen in China sichern, denn die von Amerika geforderte Zentralregierung soll amerikafreundlich sein. So verbindet sich mit dem „pazifistischen" Vorschlag das Ziel, die Gegner zu verdrängen, England und Japan in den Hintergrund zu drücken. So dürfte nicht nur in China, sondern unter den Räubern selbst der Vorschlag auf Hindernisse stoßen. Der Hauptzweck ist natürlich, man will mit einem solchen Vorschlag Ruhe in China schaffen, um nach Rußland zu ziehen und den Staat der Arbeiter und Bauern zu schlagen. Die Imperialisten befinden sich in einer unangenehmen Lage. Spitzen sich die Dinge in China noch mehr zu, dann wird die Gefahr für die Imperialisten größer, siegt der Bolschewismus in China, dann ist an eine Ueberwindung Rußland schon gar nicht mehr zu denken, so daß die Imperialisten sich beeilen müßten, anzugreifen. Kommt aber vorübergehen auf einige Zeit China zur Ruhe, was nach den letzten Meldungen nicht anzunehmen ist, dann wäre damit zu rechnen, daß baldigst die Bewegung erneut ausbricht, so müssen die Räuber auch diese Pause schnell benützen. Auf alle Fälle, man kann die Dinge betrachten wie man will, sie treiben schneller zum Kriege. Die Erklärung Briands, **daß eine Einheitsfront gegenüber einer der größeren Gefahren, die bis jetzt das Prestige der Mächte im fernen Osten bedrohte, notwendig** sei, und die Erklärung Amerikas zur Chinakonferenz zeigen die sich zuspitzende Tendenz. Die weitere Erklärung Briands, daß die Chinesen die Zahlung der Boxerentschädigung wieder durchführen und die Zolltarife in China erhöht werden sollen, zeigt recht deutlich das Interesse der Imperialisten auf eine baldige Regelung. Das Thermometer rückt also mehr auf Sturm.

Hetze gegen Rußland, Abbruch der Beziehungen mit Rußland sind die Wetterleuchten, die dem Blitz und Donnerschlägen vorausgehen. Wann das Gewitter zur Entladung kommt, ist dabei noch ungewiß. Notwendig ist aber, daß die Arbeiter das heraufziehende Wetter sehen und zur Abwehr rüsten.

Was tut die SPD.? Zeigt sie den Arbeitern die Gefahren? Bezeichnend für die Haltung dieser Partei ist ein Artikel, der am Mittwoch in der „Dresdner Volkszeitung" erschien, betitelt „Der Weg nach Genf". In diesem Ar-

und gerade in dieser angeblich „nationalistischen" Polemik!